Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 91 (2011)

Heft: 991

Artikel: Die Verlierergeneration wacht auf

Autor: Hoffmann, Christian P.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-735311

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

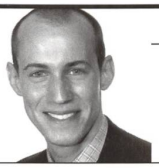
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Freie Sicht

Die Verlierergeneration wacht auf



Christian P. Hoffmann

Christian P. Hoffmann ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen und Forschungsleiter am Liberalen Institut.

Demonstrationen und Protestzüge durchziehen derzeit zahlreiche Metropolen des Westens: Madrid, New York, Mailand, London und natürlich Athen. Vor allem junge Menschen begehren auf gegen die Sparbemühungen (oder zumindest Sparankündigungen) ihrer Regierungen. Dabei scheinen die jungen Demonstranten durchaus über die Sympathien ihrer Regierungen zu verfügen. Präsident Obama jedenfalls äusserte öffentlich Verständnis für die Anliegen der Wall-Street-«Besetzer».

Die Regierungen des Westens setzen sich nicht freiwillig mit dem Sparen auseinander. Sie stellen sich vielmehr als Getriebene der frechen Ratingagenturen und eiskalten Kapitalmärkte dar. Die Erkenntnis, dass auch ein westlicher Industriestaat bankrottgehen kann, passt ihnen ebenso wenig ins Konzept wie ihren Geldgebern.

Dabei war die Entwicklung absehbar. Seit Jahrzehnten schon finanzieren wir unsere aufgeblähten Wohlfahrtsstaaten primär auf Pump. Kollektive Umverteilungssysteme fördern den Konsum und behindern das Sparen. Darum liegen ihre Ausgaben schon nach kürzester Zeit über den Einnahmen – systematisch und mit steigender Tendenz. Da die Steuerbelastung die Toleranzgrenze der Bürger längst überschritten hat, bleibt nur noch die Flucht in die Verschuldung. Am Ende steht die Verheissung der Geldpresse.

Die Demonstrationen sind Vorboten eines hitzigen Verteilungskampfes.

Explizite Staatsverschuldungen von über 100 Prozent des Bruttosozialprodukts sind zum Normalfall geworden – von der impliziten Verschuldung der Sozialsysteme ganz zu schweigen. Die realen Folgen dieser Schuldenwirtschaft liessen sich jüngst studieren: wiederkehrende Blasen erschüttern mit zunehmender Frequenz die Kapitalmärkte. Doch eine «politisch gangbare», also populäre Alternative zum Schuldenmachen kennt die Demokratie nicht. Bankenrettungen sind bloss der verzweifelte Versuch, ein Stocken des wilden Schuldenkarussells zu vermeiden.

Was aber, wenn ein Kind endlich feststellt: «Der Kaiser ist nackt!» Im Falle der bankrotten Wohlfahrtsstaaten folgt dann nicht Gelächter, sondern blankes Entsetzen. Denn unsere Kaiser sind splitterfasernackt. Nicht nur Griechenland oder Spanien und Italien, auch die USA und Deutschland können ihren Verpflichtungen realistischerweise nicht mehr nachkommen. Viel zu wenig Substanz steht viel zu hohen Versprechungen gegenüber.

Und so sehen sich Politiker plötzlich gezwungen, die Ausgabenbremse zu suchen. Die Bürger aber, die sich längst daran gewöhnt haben, dass die Taschen des Staates unendlich sind, heulen empört auf. Hat doch Generation nach Generation linker wie rechter Politiker versichert: «Die Renten sind sicher!» Kritiker der Sozialstaaten wurden als unsolidarische Alarmisten abgetan.

Nun schlagen die vertrauensseligen Ratingagenturen Alarm. Es steht längst fünf nach zwölf, wenn selbst offizielle Stellen an der Zahlungsfähigkeit der Wohlfahrtsstaaten zweifeln. Heutige Rentner mögen vielleicht noch eine Gegenleistung für ihre Einzahlungen erhalten. Die heutigen und künftigen Einzahler dürften dagegen vor dem Nichts stehen. Fliesst kein neues Geld in die Betrugspyramide eines Ponzi-Schemas, bricht es unvermeidlich zusammen.

Bleibt die Frage: Wem werden die Bürger die Schuld geben, nun, da sie aufzuwachen beginnen und vor den Ruinen eines unfinanzierbaren Scheinsozialsystems stehen? Werden sie die Vernunft besitzen, nach einem neuen, nachhaltigen System der Vorsorge und sozialen Sicherung zu suchen? Oder werden sie gemeinsam mit der Politik einen Sündenbock suchen, gegen den sich der aufgestaute Frust entladen kann? Werden die über Jahrzehnte staatlich Entmündigten den Pfad der Aufklärung verlassen? Die Dämmerung der westlichen Wohlfahrtsstaatsbürger wird zweifellos zum Prüfstein für Rechtsstaat und Demokratie. Die heutigen Demonstrationen in den westlichen Metropolen markieren nur den Anfang eines hitzigen Verteilungskampfes um leere Staatstöpfe. ‹